

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland

Vechta, Oldb, 1969-

Giorgio Tzimurtas: Die Revolution von 1848 und das Oldenburger
Münsterland

urn:nbn:de:gbv:45:1-5285

Die Revolution von 1848 und das Oldenburger Münsterland

Als im Jahre 1848 in vielen Orten Europas und Deutschlands die Revolution ausbrach, blieb auch das Oldenburger Münsterland hiervon nicht unberührt. Im Gegensatz zu den Vorgängen in Berlin, Wien und dem Südwesten Deutschlands verlief die Revolution im Großherzogtum Oldenburg, zu dem das Oldenburger Münsterland damals gehörte, jedoch ohne Blutvergießen.

Ursachen der bürgerlichen Revolution in Deutschland waren die allgemeine politische Unfreiheit und die strengen Maßnahmen zur Unterdrückung der politischen Willensäußerung. Das immer unzufriedener werdende Bürgertum formierte sich insgeheim zu politischen Gruppen und diskutierte, oft als literarische Kreise getarnt, über liberale und demokratische Reformen. Man drängte auf politische Mitsprache, auf Verfassung und Parlamentarismus. Zudem trugen Mißernten und die dadurch entstandenen Teuerungen und Hungersnöte zur Verschlechterung der allgemeinen Stimmung bei. Zugleich strebte man in weiten Kreisen des Bürgertums die nationale Einheit der damals 39 selbständigen Gliedstaaten des Deutschen Bundes an.

Im Großherzogtum Oldenburg hatte die Presse wesentlichen Anteil am neuen politischen Selbstbewußtsein der Bürger. Möglich war dies nur, weil es im Großherzogtum Oldenburg - im Gegensatz zu den meisten deutschen Staaten - keine strenge Pressezensur gab. So konnte das Vechtaer Sonntagsblatt, aus dem später die Oldenburgische Volkszeitung hervorgegangen ist, ungehindert zu politischer Aktivität anspornen und sich sogar darüber beklagen, „daß die politische Bildung in unseren beiden münsterischen Kreisen noch sehr zurück“¹ gewesen sei. Die Redaktion zeigte sich jedoch zugleich zuversichtlich, daß es „nur einer zweckmäßigen Anregung bedürfen werde, den politischen Schlaf zu verdrängen, und Theilnahme am Staats- und Gemeindeleben zu erwecken“.² Zunächst aber blieb das demokratisch-liberale Engagement der Zeitung wirkungslos.

Als sich Ende Februar 1848 die Nachricht vom offenen Ausbruch der neuen Revolution in Frankreich verbreitete, reagierte ausschließlich

der Oldenburger Stadtrat. Die Gelegenheit schien günstig, von Großherzog Paul Friedrich August (1783 - 1853) die lang versprochene Verfassung einzufordern. Diese sollte verbürgen, daß „in kommenden Zeiten der Not ein noch festeres Band Fürst und Volk umschlinge“⁴³, wie es in der am 2. März unterzeichneten Adresse hieß.

Die Argumentation war bezeichnend für die Stimmung im Großherzogtum: Trotz des Wunsches nach einer Verfassung war niemand an einem Aufruhr interessiert. Um ihn von vornherein abzuwenden, versuchte man, den Großherzog als demokratischen Mitstreiter zu gewinnen, ihn zur Reform von oben zu bewegen. Er sollte zu jenem Zeitpunkt lediglich das Zugeständnis zur Bewilligung einer Verfassung und zur Einrichtung eines Landtages mit Vertretern aller Volksschichten machen.

Doch der Landesherr war nicht bereit, die Bevölkerung an der Regierung teilhaben zu lassen. Eine Notwendigkeit hierfür sah er nicht gegeben. Großherzog Paul Friedrich August war noch ganz der Gedankenwelt des aufgeklärten Absolutismus verhaftet. So fühlte er sich zwar verpflichtet, für sein Staatsvolk Sorge zu tragen, doch Neuerungen gegenüber war er nicht aufgeschlossen. Er antwortete den Stadtratsmitgliedern mit allgemeinen Versprechungen.

Solche hatte das Volk schon zu häufig vernommen. Enttäuschung machte sich breit. Neue Versammlungen wurden abgehalten und neue Eingaben formuliert, deren Ton nachdrücklicher war. Die Forderungen lauteten: allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit; die Volksvertreter sollten das Recht zur Vorlage, Beratung und Abstimmung von Gesetzesentwürfen haben; Ministerverantwortlichkeit vor der Volksvertretung; Öffentlichkeit der Kammerverhandlungen; durchgreifende Verwaltungsreformen. Die formulierten Ziele waren typisch für den bürgerlichen Liberalismus der Epoche.

Während die Lage im Norden des Großherzogtums sich zuzuspitzen begann, gab es aus dem Münsterland zwar keine Empörung, Versammlung oder Erklärung zu melden, aber die Stadt Vechta sandte am 28. Februar eine Petition mit der Bitte um Verleihung einer neuen Stadtordnung an den Großherzog. Dies stand zwar mit den revolutionären Ereignissen nicht in unmittelbarem Zusammenhang, allerdings ist die Bittschrift als erstes Zeichen dafür zu werten, daß man im Oldenburger Münsterland begann, auf freie kommunale Selbstverwaltung Wert zu legen und man mithin politisch selbstbewußter geworden war.

Kurz darauf ergab sich in der oldenburgischen Märzbewegung die erste entscheidende Wende. Am 10. März traten zwei Kommissionen vor den Großherzog und überreichten ihm Listen mit ihren Forde-

rungen. Da die Bevölkerung inzwischen unruhig geworden war, konnten die Abgesandten energischer vorgehen, was erfolgreich war: Großherzog Friedrich August versprach, noch am selben Nachmittag eine Resolution zu erlassen.

Um sieben Uhr wurde der Erlaß öffentlich vorgelesen. Der Großherzog ließ verkünden, daß er einwillige, eine Kommission aus 34 Männern vom Volk wählen zu lassen und ihnen einen Verfassungsentwurf zur Beratung vorzulegen.⁴ Das Volk zeigte sich zufrieden, im Theater brachte man ein „Hoch!“ auf den Landesherrn aus. Dennoch beruhigte sich die Lage nicht. Der Teilerfolg beflügelte die Bewegung, der sich auch die Beamten anschlossen. Hintergrund dieser Geschehnisse mag auch gewesen sein, daß sich im Süden und Westen Deutschlands die Situation dramatisch verschärfte. In Wien waren die ersten Straßenkämpfe ausgebrochen, und die Zeitungen im Großherzogtum Oldenburg berichteten sogar in Extrablättern vom Fortschreiten der Ereignisse. Die Zugeständnisse der deutschen Fürsten an die bürgerlichen Revolutionäre häuften sich von Tag zu Tag. Im Gegensatz zum restlichen Großherzogtum blieb es im Münsterland ruhig. Sehr besorgt darüber zeigte sich die Redaktion des Vechtaer Sonntagsblattes. Die Zeitung rief zur politischen Aktivität auf und berichtete ausführlich über die Vorgänge in Oldenburg und Jever, den beiden Hauptzentren der Bewegung im Großherzogtum. Die Mahnungen der Redaktion wurden immer vehementer: „Wer kein Staatsbürger im vollen Sinne des Wortes ist, ist kein echter freier Mann, er ist ein Sklave, [...]. Man spricht auch hier freilich hin und wieder von der Nothwendigkeit einer Verfassung, aber verräth jeden Augenblick die Unkunde des eigenen Gemeindelebens, welches doch die nothwendige Grundlage jeder Verfassung ist.“⁵

Die Agitation zeigte Wirkung. Am 17. März reiste eine Deputation des Münsterlandes und der Stadt Wildeshausen nach Oldenburg, um dem Großherzog eine Petition zu überreichen, mit dem Ziel, eine gerechtere Vertretung bei der Wahl der 34 Abgeordneten zu erwirken, die den Verfassungsentwurf zu beraten hatten. Denn die Städte Vechta, Cloppenburg, Wildeshausen und Friesoythe wurden in der Kandidatenzahl wie Landgemeinden behandelt. Die Städte Oldenburg, Jever und Delmenhorst hingegen durften je einen besonderen Vertreter hinzuwählen. Zu dem Gefühl der Zurückstellung schrieb das Vechtaer Sonntagsblatt: „Nur zwei von unseren Landsleuten, der eine erst in jüngerer Zeit, sind angestellt in der Regierung; bei allen übrigen Behörden kein einziger. Was Wunder daher, daß unsere Verhältnisse und Bedürfnisse so wenig erkannt, daß wir so häufig zurückgesetzt und sogar Ausländer uns vorgezogen wurden.“⁶

Einige Tage vor der Petition der Städte des Münsterlandes, am 13. März, war es in Vechta zu einem Aufruhr gekommen. Allerdings war dieser nicht von den großen landes- und nationalpolitischen Zielen geleitet, sondern von der drückenden sozialen Not einiger Bürger, unter denen sich zahlreiche Handwerker befanden. Doch liegt es nahe, den Zeitpunkt des Aufruhrs mit der revolutionären Grundstimmung in Verbindung zu sehen.

Die Handwerker stürmten das Gefängnis, schrien ihren Unmut heraus und zerschlugen Fensterscheiben. Ursachen des Aufstandes gab es mehrere: Es wurde gegen Entlassungen des Gefängnispersonals protestiert; das Land auf der Zitadelle, das zuvor billig an arme Leute verpachtet wurde, war an die Direktion der Strafanstalt abgegeben worden; unter den Handwerkern herrschte zudem eine große Unzufriedenheit, weil seit einigen Jahren fast alle handwerklichen Arbeiten von Gefängnisinsassen ausgeübt wurden, die wesentlich billiger arbeiteten und zu einer dramatischen Konkurrenz für die Handwerker Vechtas und der Umgebung geworden waren. Ein Tag nach dem Aufruhr kehrte jedoch wieder Ruhe ein.

Was den Erlaß des Großherzogs betraf, war man inzwischen in weiten Kreisen des Bürgertums mißtrauisch geworden. Am 16. und 17. März versammelten sich Volksdeputierte aus dem Norden des Großherzogtums, um vom Landesherrn eine Erklärung zu seinem Erlaß zu fordern. Er sollte sich an das Volk wenden und ihm öffentlich seine ehrlichen Absichten verkünden.

Die Volksvertreter waren erfolgreich. Am 18. März ließ Großherzog Friedrich August eine Proklamation verlesen, die die Erwartungen sogar übertraf. Friedrich August sprach sich darin unmißverständlich für das Prinzip der Volksvertretung aus und erklärte sich mit allen Grundsätzen einer liberalen Verfassung einverstanden. In der Proklamation heißt es, daß kein Gesetz anders als mit Zustimmung der Stände erlassen, geändert oder aufgehoben werden soll.⁷ Weitere zentrale Versprechungen sind die Budgethoheit des Parlamentes und die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber der Volksvertretung.

Auch im Oldenburger Münsterland gab es diesmal Reaktionen. Das Vechtaer Sonntagsblatt schrieb: „In Damme hat die letzte Proklamation einen öffentlichen Jubel hervorgerufen, in Vechta ist eine Versammlung zur Berathung zu Stande gekommen und zahlreich besucht; in Cloppenburg will man noch einmal versuchen, für die Städte das Recht der Wahl kundiger Männer zu erlangen. - Fahren wir fort.“⁸

Mit der Proklamation des Großherzogs war die Verfassungsfrage im Großherzogtum Oldenburg im wesentlichen entschieden; der „März-

sturm“ war, ganz im Gegensatz zu anderen Teilen Deutschlands, unblutig verlaufen. Vielleicht hätte es in Oldenburg ebenso Barrikadenkämpfe gegeben, wenn sich damals die Nachrichten schneller verbreitet hätten. Denn erst zwei Tage nach den Barrikadenkämpfen in Berlin vom 18. März traf die Nachricht hierüber in Oldenburg ein. In vielen anderen Gebieten Deutschlands führten die Schreckensmeldungen von den Berliner „Märzgefallenen“ zu einer Erhitzung des revolutionären Klimas oder gar zu ähnlichen Kämpfen zwischen Bürgern und Soldaten.

Die Wahlen für den 34er-Verfassungsausschuß fanden vom 22. bis 31. März statt. Ebenso wurden Wahlen zum Frankfurter Vorparlament durchgeführt, das eine gesamtdeutsche Verfassung entwerfen sollte und die Vorbereitungen zu einer umfassenden Nationalversammlung zu treffen hatte. Nachdem nun die bürgerlichen Kreise mit ihren Verfassungsforderungen durchgedrungen waren, wurden auch die untersten Schichten der Bevölkerung von der revolutionären Stimmung ergriffen.

Im Amte Vechta stürmten die Heuerleute auf die Besitzungen der Bauern. Die Ursache hierfür war, daß die Bauern seit mehreren Jahren den Heuerleuten nicht mehr ihre althergebrachten Rechte an unbegrenzter Nutzung der Mark zugestanden. In Lutten zerstörten Heuerleute bei den unbeliebtesten Bauern Wälle und Schlagbäume. Ähnliche Vorgänge fanden in Oythe und Bakum statt. Als Reaktion auf die Unruhen entstanden Bürgerwehren, und an die Regierung wurden dringende Gesuche um Waffenlieferungen gerichtet, die der Großherzog allerdings verweigerte. Der Landesherr appellierte stattdessen an die besitzenden Schichten, sich um einen Ausgleich zu bemühen. Bald darauf beruhigte sich die Lage wieder, Arbeiter und Heuerleute beschränkten sich auf Versammlungen.

Am 6. April wurde schließlich der großherzogliche Verfassungsentwurf vorgestellt, über den die 34er-Kommission beraten sollte. Der Entwurf widersprach fast allen Zugeständnissen der Proklamation vom 18. März. Er war unvereinbar mit den zeittypischen liberalen Forderungen.

Diesmal gab es auch aus dem Münsterland Stimmen der Empörung. Der Entwurf wurde von den 34 Abgeordneten gleich in ihrer ersten Sitzung, die am 27. April stattfand, einstimmig abgelehnt. Der Großherzog, der es auf eine letzte Kraftprobe hatte ankommen lassen, gab nach. Am 5. Juni wurde ein neuer Entwurf eines Staatsgrundgesetzes vorgestellt, dessen Inhalt dieses Mal sogar zu den fortschrittlichsten in ganz Deutschland zählte. Als Vorbild hatte die liberale kurhessische Verfassung von 1831 gedient.

In der Zeit zwischen dem 12. und 17. April waren die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung abgehalten worden. Unter den Kandidaten, die aus dem Großherzogtum Oldenburg für das Paulskirchen-Parlament gewählt wurden, war auch der Vechtaer Obergerichtsanwalt Tappehorn, der in der Paulskirche die Kreise Cloppenburg und Vechta vertrat. Die Abgeordneten aus dem Großherzogtum Oldenburg gehörten dem konservativen Flügel der Frankfurter Nationalversammlung an. In der Frage, welche Länder das angestrebte einheitliche Deutschland umfassen sollte, setzten sie sich für die sogenannte Großdeutsche Lösung ein, die Österreich mit einschloß.

Auch das Großherzogtum Oldenburg erhielt, wie vom Landesherrn versprochen, ein Parlament. Die Landtagswahlen wurden zwischen dem 17. und 22. Juni abgehalten. Der Landtag sollte über den neuen Verfassungsentwurf endgültig abstimmen. Zwar wurde der Landtag bereits am 1. September eröffnet, doch die Parlamentarier schlossen ihre Verfassungs-Verhandlungen erst am 14. Februar 1849 ab. Vier Tage später, am 18. Februar, trat das Oldenburgische Grundgesetz in Kraft. Es verbürgte die gleichberechtigte Teilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung und an der Einrichtung des Staatshaushaltes sowie die Überwachung der Verwaltung und der Staatsregierung. Der Großherzog wurde zum konstitutionellen Monarchen, der auf die Verfassung einen Eid zu leisten und sich somit an diese zu halten hatte. Abgesetzt werden konnte er allerdings nicht, im Gegensatz zu seinen Ministern, die gestürzt werden konnten, falls sie das Vertrauen der Abgeordneten verloren.

Das Großherzogtum hatte eine neue Ordnung erhalten. Sie war nicht durch eine Revolution, sondern als Reform durch den Druck der Bevölkerung bewirkt worden und stand der heutigen Demokratie schon sehr nahe.

Quellen:

1 Sonntagsblatt, Eine Wochenschrift für alle Stände, Nr. 11, 12. März 1848, S. 41

2 Ebenda

3 Zitiert nach Wegmann-Fetsch, Monika, Die Revolution von 1848 im Großherzogtum Oldenburg, Oldenburg 1974, S. 28

4 Vgl. den Abdruck der Verordnung in: Eckhardt, Albrecht u. Schmidt, Heinrich (Hrsg.), Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1987, S. 335

5 Sonntagsblatt, Eine Wochenschrift für alle Stände, Nr. 11, 12. März 1848, S. 42f.

6 Sonntagsblatt, Eine Wochenschrift für alle Stände, Nr. 13, 26. März 1848, S. 49

7 Vgl. Wegmann-Fetsch, wie Anm. 3, S. 60

8 Sonntagsblatt, Eine Wochenschrift für alle Stände, Nr. 13, 26. März 1848, S. 51

Helmut Middendorf

„Wenn ich nach Dinklage fahre, muß ich keine Kunst machen. Da genieße ich die Natur“.¹ So beschreibt Helmut Middendorf das Verhältnis zu seiner Heimatstadt, in der er im Jahre 1953 geboren wurde. Natürlich haben Mentalität und Landschaft seiner ländlichen Heimat den Künstler geprägt, jedoch sollte sich die Großstadt in ihrer Anonymität und Sozialstruktur, in ihrer pulsierenden Lebendigkeit und Reizüberflutung zum wichtigen Impulsgeber der künstlerischen Auseinandersetzung entwickeln. Die ersten prägenden Großstadterfahrungen konnte Helmut Middendorf in Berlin sammeln, wo er nach dem Abitur an der Hochschule für Bildende Künste studierte (1971-1977). 1980 erhielt Middendorf ein einjähriges Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes für New York. Es folgten intensive Arbeitsaufenthalte in Italien und Griechenland. Daß Helmut Middendorf heute sowohl in Berlin als auch in Athen lebt und arbeitet, unterstreicht den nomadischen Lebensstil dieses Künstlers, dessen künstlerische Entwicklung kurz nachgezeichnet werden soll.

Während des Kunststudiums in Berlin war Helmut Middendorf Meisterschüler bei Karl Horst Hödicke. Hödickes figurative Malerei findet in der Expressivität des Farbauftrages und dem spontanen Duktus der Körperbewegung ihre wichtigsten Stilmerkmale. Dieser stilistische Ansatz, aber auch vor allem Hödickes Vielseitigkeit als Maler, Bildhauer und Filmemacher sollte sich auch auf die künstlerische Entwicklung Helmut Middendorfs auswirken, der seine ersten Jahre in Berlin als Experimentierphase bezeichnet: „Ich habe erst mal viel gezeichnet, rumexperimentiert, das gemalte Bild war eher die Ausnahme. Ich war viel mehr am Film interessiert und habe damals lustige Kurzfilme gedreht und Filmveranstaltungen organisiert.“² In den Berliner Szene-Kneipen machte Helmut Middendorf Musik - schrillen, aggressiven Punk-Rock: „Die Intensität, die dort stattfand, gab es in der Kunst nicht ... da wurde das Leben rausgekehrt, wurde die Roheit gezeigt, alles, was es an sozialen Problemen in Kreuzberg gab ... und auf einmal brannte es auf den Fingern, Bilder zu finden, die das irgendwie ausdrücken.“³

Die Hinwendung des Künstlers zur Malerei ist auch mit der Krise dieses Mediums zu erklären, das zu Beginn der 70er Jahre aus der
